

**Rede
der Sprecherin für Ernährung, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz**

Karin Logemann, MdL

zu TOP Nr. 8

Abschließende Beratung

**Bezahlbare Lebensmittel für alle - hohe
Lebensmittelpreise durch eine angebotsorientierte
Agrarpolitik senken!**

Antrag der Fraktion der CDU – Drs. 19/8966

während der Plenarsitzung vom 28.04.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, wir beraten heute abschließend den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion mit dem Titel: „Bezahlbare Lebensmittel für alle – hohe Lebensmittelpreise durch eine angebotsorientierte Agrarpolitik senken“.

Lassen Sie mich gleich zu Beginn klar sagen: Bezahlbare Lebensmittel sind ein zentrales Anliegen – für uns alle. Für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Niedersachsen. Aber genauso für unsere Landwirtinnen und Landwirte, die unsere Lebensmittel tagtäglich erzeugen. Und genau deshalb müssen wir dieses Thema ernsthaft, differenziert und verantwortungsvoll behandeln.

Die CDU tut das mit diesem Antrag leider nicht.

Sehr geehrte Damen und Herren, die CDU-Fraktion suggeriert „Wenn wir nur ‚mehr Angebot‘ schaffen, dann sinken automatisch die Preise.“

Das klingt einfach – ist aber zu einfach. Denn die Realität ist deutlich komplexer. Lebensmittelpreise werden maßgeblich beeinflusst durch Energiepreise, globale Märkte, Wetterextreme infolge der Klimakrise, internationale Lieferketten, und nicht zuletzt durch die Marktmacht im Lebensmitteleinzelhandel.

Das alles blendet die CDU in ihrem Antrag weitgehend aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir als Regierungsfractionen sagen ganz klar: Bezahlbare Lebensmittel entstehen nicht durch einseitige Schlagworte, sondern durch eine kluge, ausgewogene Agrar- und Verbraucherpolitik.

Und die hat mehrere Ziele gleichzeitig im Blick: wirtschaftlich tragfähige Betriebe, faire Preise für Erzeugerinnen und Erzeuger und bezahlbare Lebensmittel für Verbraucherinnen und Verbraucher.

Ein Punkt ist mir dabei besonders wichtig: Wer immer nur über niedrige Lebensmittelpreise spricht, der darf die Situation der landwirtschaftlichen Betriebe nicht ignorieren. Denn auch die Betriebe stehen massiv unter Druck. Steigende Kosten, unsichere Märkte, zunehmende Anforderungen – all das prägt die Realität auf unseren Höfen. Und gleichzeitig wird mehr Tierwohl, mehr Umwelt- und Klimaschutz erwartet.

Das ist ein Spagat – und dafür braucht es politische Verantwortung. Genau diese Verantwortung übernimmt die rot-grüne Landesregierung.

Wir sorgen für Planungssicherheit statt kurzfristiger Symbolpolitik. Wir setzen auf gezielte Förderprogramme, Investitionen in nachhaltige Produktion, Unterstützung

beim Umbau der Tierhaltung und konkrete Entlastungen, etwa beim Bürokratieabbau. Denn klar ist doch: Wenn Betriebe weniger Zeit mit Dokumentationspflichten verbringen müssen, bleibt mehr Zeit für das, was wirklich zählt – die Produktion von Lebensmitteln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, Ihr Antrag bleibt an entscheidenden Stellen unkonkret. Sie fordern eine angebotsorientierte Politik, sagen aber nicht, wie diese konkret aussehen soll, ohne gleichzeitig Umwelt-, Tierwohl- oder Sozialstandards zu unterlaufen. Und genau hier liegt der Unterschied: Wir machen Politik, die hält und trägt. Sie machen Politik, die gut klingen soll.

Und lassen Sie mich auch das deutlich sagen: Eine Politik, die allein auf „billiger produzieren“ setzt, führt am Ende in eine Sackgasse. Denn sie bedeutet mehr Preisdruck auf die Betriebe, weniger Möglichkeiten für Investitionen, und langfristig weniger Akzeptanz in der Gesellschaft. Das kann niemand ernsthaft wollen.

Meine Damen und Herren, gerade in Niedersachsen als Agrarland Nr. 1 tragen wir eine besondere Verantwortung. Für die Betriebe, für die Verbraucherinnen und Verbraucher, und für die Zukunft unserer ländlichen Räume.

Unser Ansatz ist deshalb klar: Verlässlichkeit statt Vereinfachung. Ausgewogenheit statt Einseitigkeit. Und konkrete Unterstützung statt Schlagwortpolitik.

Wir stärken regionale Wertschöpfungsketten. Wir investieren in nachhaltige Landwirtschaft. Und wir setzen uns auch auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein, dass Rahmenbedingungen fair und planbar bleiben.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Antrag der CDU wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Er greift zu kurz, er vereinfacht komplexe Zusammenhänge und er bietet keine tragfähigen Lösungen.

Deshalb ist für uns klar: Wir lehnen diesen Antrag ab. Und wir arbeiten weiter daran, dass Lebensmittel in Niedersachsen bezahlbar bleiben – ohne die Grundlage ihrer Erzeugung zu gefährden. Denn eines gehört zur Wahrheit auch dazu: Gute Lebensmittel haben ihren Wert. Und gute Politik sorgt dafür, dass sich sowohl Verbraucherinnen und Verbraucher als auch unsere landwirtschaftlichen Betriebe darauf verlassen können.

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit.